



Das Imperium brennt

"Wer auch immer im November gewählt wird, er wird die drohende Krise angehen müssen, oder die Geschichte wird sich seiner erinnern als dem amerikanischen Nero, der fiedelte als die fiskalischen Flammen zu brennen begannen."
(Das Wall Street Journal am 11.10.2004 über das US-Haushaltsdefizit)

Das Wall Street Journal, Zentralorgan der weltweiten Finanzwirtschaft, macht sich Sorgen um den US-amerikanischen Kapitalismus, vergleicht den US-Präsidenten gar mit dem römischen Kaiser Nero, der sich - so die Legende - lieber mit höfischer Musik vergnügte, als sich um das Wohl Roms zu sorgen, als dieses durch einen großen Brand verwüstet wurde. Obgleich das Römische Reich zu dieser Zeit seine größte Ausdehnung noch gar nicht erreicht hatte, setzten Dekadenz und Cäsarenwahn doch den Beginn für den bald folgenden kulturellen und politischen Niedergang des Imperiums.

Das amerikanische Imperium steht auf tönernen Füßen. Mit radikalen Steuersenkungen für Reiche und Unternehmen sowie ungeheuren Rüstungsausgaben hat George W. Bush in noch nie da gewesener Geschwindigkeit Löcher in den US-Staatshaushalt gerissen. Die brutale Umverteilungspolitik von unten nach oben führt zu gewaltigen sozialen Verwerfungen: Seit dem Amtsantritt von Präsident Bush im Jahre 2000 ist der Anteil der Armen in der US-Bevölkerung stetig gewachsen. Die Zahl der Amerikaner, die 2003 unter der offiziellen Armutsgrenze von 9000 Dollar pro Kopf und Jahr vegetieren mußten, ist um eine Million auf insgesamt 36 Million Menschen angestiegen, 16,7 Prozent der Kinder wachsen in Armut auf. Nach vier Jahren Bush sind etwa 45 Millionen US-Amerikaner ohne Krankenversicherung. Das sind 5,2 Millionen Menschen mehr als im Jahr 2000.

Vom Wachstum der US-Wirtschaft haben nur die wirklich Reichen profitiert. Die Zahl der US-Milliardäre ist von 262 im vergangenen auf 313 in diesem Jahr angestiegen. Die 400 reichsten US-Amerikaner bringen es auf ein Gesamtvermögen von 1000 Milliarden Dollar. Das ist etwa so viel, wie die 100 Millionen Amerikaner am unteren Ende der Einkommenskala zusammen besitzen.

Als erster US-Präsident seit über 70 Jahren hinterlässt Bush am Ende seiner ersten Amtszeit weniger Arbeitsplätze als zu Beginn, seit seinem Amtsantritt sind allein in der privaten Wirtschaft 1,6 Million Stellen verlorengegangen.

Angesichts dieser eklatanten und für jeden erkennbaren Verschlechterungen setzen Bush und Co für ihre Wiederwahl auf Krieg und Ausnahmezustand. Die Anschläge vom 11. September 2001 lieferten ihnen die willkommene Legitimation, die Länder der Welt, in denen lukrative Rohstoffe und Absatzmärkte locken, mit Krieg zu überziehen. Die Besetzungen Afghanistans und Iraks sind ein Teil des als permanenter Krieg angelegten "Kampfes gegen den Terror" der vermeintlich "amerikanischen Werte" wie die Freiheit des Unternehmertums und die demutsvoll-eigentätige Unterordnung der Lohnabhängigen unter die forcierte Ausbeutung weltweit durchsetzen soll. Verschärfte Repressionen nach innen sollen diese Orientierung auch in den USA weiter voran treiben.

Doch auch an der Front verschwindet der stählerne Glanz dieser brutal imperialistischen Politik. Sicherheit - geschweige denn Frieden - läßt sich nicht herbeibomben, das zeigt sich erneut und offen im Irak. Die Kriegslügen zur Rechtfertigung dieser Kriege werden entlarvt, die weltweite Ablehnung der Präventivkriegsdoktrin steigt. Erste Armeeeinheiten verweigern den Befehl, wenn sie auf selbstmörderische Missionen geschickt werden und in den USA selbst wird der Ruf immer lauter: "Bring the troops home". Der weiterhin schwankende demokratische Präsidentschaftskandidat John Kerry legt sich auf Drängen von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen sowie engagierten Künstlern und Intellektuellen immer stärker gegen den Irakkrieg fest. Die weltweite Friedensbewegung ist gefordert den Druck weiter zu erhöhen. Auch Rom wurde nicht in einer Nacht gestürzt.

Wer sitzt im Rathaus?

Von der aktuellen Bedeutung historisch begründeter Errungenschaften

"Nein, ich meine, daß politische Perversionen dieser Zeit [gemeint ist der "Nationalsozialismus"] zu Reflexen geführt haben, die mit dem Blick zurück nachvollziehbar, aber mit der heutigen Entwicklung nicht immer vereinbar sind. Lassen Sie mich ein Beispiel nennen: Die nationalsozialistische Ideologie berief sich auf das Recht des Stärkeren. Dies hat zu einer menschenverachtenden Behandlung der sogenannten Schwachen geführt. Im Reflex auf diese verwerfliche Politik erleben wir bis heute, daß allein das Berufen auf das ‚schwach sein‘ moralische und politische Ansprüche auslöst, die einer Überprüfung nicht immer Stand halten."
(Ole v. Beust, Rede vor dem Überseeclub am 22.9.2003)

Entnazifizierung, Entmilitarisierung, soziale Gleichheit, Demokratisierung, Bildung für alle, bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung, kulturelle Qualifizierung der Bevölkerung und Humanität der gesellschaftlichen Entwicklung - diese notwendigen Schlußfolgerungen ("Reflexe") aus Faschismus und Krieg, verneint der derzeitige Hamburger Bürgermeister. Ole von Beust, Freiherr, hält den Sozialstaat für eine unbotmäßige Verdrehung der sogenannten ‚sozialen‘ Marktwirtschaft. Auf dieser Linie macht der CDU-Senat Politik: Allein der Vorschlag für den Landes-Haushalt 2005/2006 sieht "Konsolidierungsmaßnahmen" in Höhe von über 150 Millionen Euro vor: Gestrichen wird ohne Gnade zum Beispiel bei Löhnen und Gehältern im öffentlichen Dienst, Kinderkuren, Jugendhilfe, politischer Bildung, Blindengeld, AIDS-Prävention, Ausbildungs- und Bildungsförderung; durch Gebührenerhöhungen bei den Jugendmusikschulen, den Volkshochschulen, dem öffentlichen Nahverkehr und mit Studiengebühren soll Geld reinkommen; öffentliches Eigentum (z.B. der Landesbetrieb Krankenhäuser, Gebäude, Wasserversorgung) werden privatisiert und kommerzialisiert. Die soziale Gefährdungen werden so auf die einzelnen abgewälzt. Die "Schwachen" dürfen auf Obdachlosen asyl, die Hilfe ihrer Familie bei Krankheit, Alter oder sozialer Not und etwas Armenpflege hoffen; denn alle sind frei: "Freiheit, nicht nur als Selbstverwirklichung, sondern als Verantwortung für sich und den Nächsten, -Markt als Prinzip, -und soziale Gerechtigkeit als Ausdruck von Nächstenliebe." Wie schön, wenn man auch für rigorosen Sozialdarwinismus noch warme Worte finden kann.

Auch der Senat liebt, was ihm am nächsten ist, und das ist die Handelskammer: Die freut sich, hat sie doch im benachbarte Rathaus Freunde, die 1 Milliarde Euro (!) zur Subventionierung des gemeinsamen Konzeptes "Wachsende Stadt" ausgeben wollen. Dieses Konzept sieht die umfassende Ausrichtung aller gesellschaftlichen Bereiche auf die sogenannten Wirtschaftscluster "Hafen/Logistik", "Nano-Technologie", "Life-Science", "IT/Medien", "Welthandel/China", "Luftfahrt" vor. Hier

erwartet man die höchsten Profite, hierfür sollen die Menschen in der Stadt ausgebildet, die Gelder bereitgestellt und die Kultur ‚eventisiert‘ werden. Ein neues Kriegsmarine-Museum (12 Mio), neo-koloniale Handelspolitik und Rüstungsindustrie bilden die Legierung für neoliberalen, lokal verankerten Imperialismus.

"Nie wieder!" Die Losung von 1945 hat dagegen hohe tagespolitische Bedeutung: Denn bei aller hanseatischer Zurückhaltung, die von Beust & Co. versuchen, ist ihre Sozialstaats-Abwicklung, Verbreitung kultureller Armut und ihr nicht nur fiskalisches Ja zu Ausbeutung, Rüstung und Krieg voll gefährlicher Sehnsucht nach alten Tagen.

Krieg und Militarismus, die bornierte Bereicherung einer gesellschaftlichen Minderheit an der Arbeit und Gütern anderer Länder, die Auswirkungen massenhaft verbreiteter sozialer Angst, mangelnder demokratischer Bildung und innenpolitischer Repression sind aus historischer Erfahrung begründet prinzipiell zu bekämpfen. Die antifaschistische Lehre aus Faschismus und Krieg, die Wurzeln der Barbarei sein zu tilgen, ist noch einzulösen: Großkapital und -industrie zu vergesellschaften, Rüstung, Militarismus und Kriegsbeteiligung auszuschließen, soziale Einrichtungen massiv auszubauen, kulturelle Entfaltung zu fördern und alle Bereiche gesellschaftlichen Lebens zu demokratisieren. Der Rechtssenat muß weg!

Soziale Reformen müssen mit der Perspektive sozialer Gleichheit und kultureller Entfaltung für alle erstritten werden - gegen die Destruktion und verrohende Intervention der gesellschaftlichen Rechten. Außerparlamentarischer Druck aus den sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Institutionen ist dafür dauerhaft zu entwickeln.

"Es ist eine historische Grunderfahrung, daß Reparaturen am Kapitalismus nicht genügen. Eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ist nötig."

(Aus dem Grundsatzprogramm der SPD ["Berliner/Leipziger Programm"], 1989/1998)

Menschenlese?

Für eine optimistische Kultur studentischer Widerständigkeit

"Nur wenn die Hochschulen das Recht haben, ihre Studierenden selbst auszuwählen, können sie Verantwortung für den Studienerfolg übernehmen. Ziele des Gesetzes sind eine deutlich höhere Studienerfolgsquote und damit auch gesteigerte Absolventenzahlen sowie mehr Profilbildung der Hochschulen."

(Wissenschaftssenator Jörg Dräger, Pressemeldung vom 30. März 2004)

Statt gesellschaftlichem Bedarf und der Nachfrage entsprechend (zig)tausende neuer Studienplätze zu schaffen, zwingt Wissenschafts- und Gesundheitssenator Dräger die Hamburger Hochschulen ab Sommersemester 2005 durch ein Zulassungsgesetz, zwischen den Studienbewerbern auszuwählen. Die Mangelverwaltung soll zukünftig zum weiteren Zurichtungsinstrument der kapitaldevoten Hochschulreform des Rechtssenats werden. Wo bisher Abiturnote oder Wartesemester den Zugang nach gleichen formalen Kriterien zum wissenschaftlichen Studium öffneten, soll nun ein Parcours aus Tests, Gesprächen und persönlichen Schreiben schon vor dem Studium die später "erfolgreichen" Absolventen aussieben. Die Auswahlverfahren werden über ein biologisches und elitäres Menschen- und Gesellschaftsbild begründet. Die Behauptung, die Menschen seien quasi "von Natur aus" ungleich - also unterschiedlich "begabt" - soll die bestehenden sozialen Unterschiede verschleiern. So soll die Entwicklungslosigkeit von Mensch und Gesellschaft zementiert werden. Die Auswahl soll die eigentätige Unterwerfung unter die Anforderungen des Marktes belohnen. Getrieben und verängstigt sollen sich die Studierenden und Studierwilligen in Konkurrenz zueinander behaupten. Dies kennzeichnet die Hochschuldeformen des Rechtssenats.

Mit ihrem Programm der "Wachsenden Stadt" verfolgen von Beust und Konsorten handelskammergesteuert

die Zurichtung von Menschen und Institutionen der Stadt auf die kurzfristigen Gewinninteressen der konzentrierten privaten - oft rüstungsorientierten - Wirtschaft. Zukünftig soll nur gelernt und geforscht werden, was sich profitbringend verwerten läßt. Studiengebühren, Demokratieverbote, Kommerzialisierung und Privatisierung flankieren die totale profitdienende Verzweckung von Wissenschaft und Krankenversorgung und damit für die verdinglichende Normierung der Menschen. Die wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Hervorbringungen der Menschheit bergen dagegen die Möglichkeit, gleiche soziale Bedingungen aller zur solidarischen Entfaltung eines Jeden zu schaffen. Sie müssen in dieser Potentialität erkannt, entwickelt und verbreitet werden; soziale Absicherung, lebenslang offener Bildungszugang, solidarisches Lernen und kritischer Gesellschaftsbezug der Wissenschaften sind für die massenhafte Verbreitung dieser Erfahrungen und Erkenntnisse durchzusetzen. Die relativ demokratischen Massenhochschulen sind zu diesem Zweck frei von merkantilen Zwängen und staatlicher Bevormundung demokratisch weiter zu entwickeln und auch materiell für die soziale Öffnung für alle Menschen vorzubereiten. So ist Wissenschaftspolitik Gesellschaftspolitik für die allgemeine Hebung der sozialen und kulturellen Verhältnisse der Menschen.

Die Angst vor sozialer Deklassierung und der kulturel-

Hinkelstein

Uni-Kneipen-Urgestein in der Bundesstraße 6

**geöffnet Mo - Do: 17 bis 3 Uhr, Fr und Sa: 18 Uhr - open end; So: 19 - 3 Uhr
warme Küche täglich bis 1 Uhr - leckere Croques und frische Salate**

"Geht man nach der gefühlten Zeit, dann gab es das "Hinkelstein" immer schon. Als sei der Name hier Programm - heißt doch so eine Kultur aus der Jungsteinzeit. Ganz so alt ist die Uni-Ur-Kneipe an der Bundesstraße zwar nicht, aber immerhin so alt, dass sich niemand mehr an das Gründungsjahr erinnert. "68 oder 69, da streiten sich die Geister", sagt Besitzer Jens Stegmann. Ihm gehört die Kneipe zusammen mit einem Kollegen erst seit sechs Jahren, aber auch das wirkt anders. Vielleicht, weil der Wirt so gut ins Ambiente passt, mit Rauschebart und Rattenschwanz, schwarzer Weste überm Jeanshemd und selbst gedrehter Zigarette in der Hand[...] Angst, dass das Hinkelstein ganz aus der Mode käme, hat er nicht. Schließlich wüsten es die Stammgäste gerade zu schätzen, dass der Laden jeder Mode widersteht. Hipper, eleganter, szeniger werden? "Nö", sagt Stegmann und fasst sich schützend in den Rauschebart, "dann müsste ich mich ja auch verändern." (taz-unispezial)



le und politische Druck zur verwertungs-angepaßten Lebensweise befördern die kulturelle Verarmung des gesellschaftlichen Lebens. Verdummung, rechte Seilschaftspolitik und kommerziell genutzte Flucht in betäubende Ablenkungs-"Kultur" sind auch an der Universität wahrnehmbarer Ausdruck dessen. Dagegen steht die Erfahrung wirksamer, wenn auch auszubauender studentischer Proteste, die zunehmende Verbreitung von Erkenntnissen über die gesellschaftlichen Ursachen der allgegenwärtigen Bedrängung und der artikulierten Unmut über die täglichen Zumutungen. Die kämpferi-

sche Verbreitung und Fundierung dieses Wissens für die solidarische, bewußte Gesellschaftsveränderung ist wesentliche Aufgabe der fortschrittlichen Kräfte in der Studierendenschaft. Die rigorose Kritik neoliberaler Dogmen, der Kampf gegen Rechts und die Bündnisarbeit mit anderen humanistischen Kräften an der Universität sind dafür wesentlich.

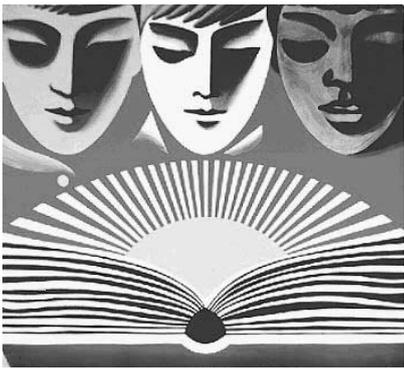
Die Lust zur Aufklärung und damit zur streitbaren materiellen Verbreitung notwendiger Auffassungen und Einsichten für die Erringung einer solidarischen Gesellschaft bilde eine widerständige studentische Kultur!

Der Kampf für Reformen

Wir über uns

"Wenn wir nämlich als Realpolitik eine Politik erkennen, die sich nur erreichbare Ziele steckt und sie mit wirksamen Mitteln auf dem kürzesten Wege zu verfolgen weiß, so unterscheidet sich die proletarische Massenpolitik im Marxschen Geiste darin von der bürgerlichen Politik, daß die bürgerliche Politik vom Standpunkte der materiellen Tageserfolge real, während es die sozialistische Politik vom Standpunkte der geschichtlichen Entwicklungstendenz ist."

(Rosa Luxemburg)



Vom "Standpunkt der geschichtlichen Entwicklungstendenz" ist die (Hochschul-) Politik des Rechtsensats ein gefährlicher Anachronismus: Wissenschaft, Technik, kulturelle

und soziale Errungenschaften sollen nicht für Frieden, Arbeit, Demokratisierung ausgebaut und genutzt werden; die Ermöglichung einer humanen, solidarischen Praxis zwischen allen Menschen wird bekämpft; Menschen und Stadt sollen den eisig-marktradikalen Verwertungsforderungen der Konzerne und Arbeitgeberverbände unterworfen werden - diese Politik bedarf qualifizierten und organisierten Widerstandes und des engagierten Kampfes für eine fortschrittliche Alternative!

Die Wirksamkeit fortschrittlicher Politik entsteht aus der Reichweite ihrer Kritik der bestehenden Verhältnisse und ihrer gesellschaftspolitischen Perspektive. Entsprechend muss die Verfasste Studierendenschaft in die aktuellen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen im verallgemeinerbaren Interesse der Studierenden eingreifen: Gegen Krieg, Konkurrenz und die Zerstörung sozialer und demokratischer Errungenschaften. Für Frieden, soziale Entwicklung, kulturelle Entfaltung und ein Höchstmaß an demokratischer Beteiligung für jeden. In diesem Sinne für problemkritische Wissenschaften. Und damit für interessante (weil im eigenen Interesse liegende) Studien-

inhalte, allgemeine Nützlichkeit der eigenen wissenschaftlichen Praxis, ein hohes kulturelles Niveau der (wissenschaftlichen) Auseinandersetzung, Spaß an der Erkenntnis, Freude an der Kooperation, dafür soziale Absicherung - all dies muss und kann durch Engagement für Diskussion, Kritik und Entwicklung, mit Protesten, kritischen Veranstaltungen und der bewussten, solidarischen Gestaltung des Uni-Alltags praktiziert und erkämpft werden.

Dafür wirken wir an der Universität Hamburg seit nahezu 30 Jahren kritisch-kämpferisch als Jungsozialisten in der SPD im Sinne gewerkschaftlicher Orientierung im Studierendenparlament, in Fachschaftsräten, in der Fachschaftsrätekonferenz, im Akademischen Senat, in Gewerkschaften und Initiativen, als Teil der Friedensbewegung und sozialer Bewegungen sowie im prinzipiellen Bündnis mit marxistischen Kräften an der Universität. Der Kampf um wissenschaftliche Bildung für alle, also für Wissenschaft, die allen zugänglich und gesellschaftlich nützlich, anstatt dem Diktat des Profites unterworfen ist, ist entscheidend dafür, daß es gelingt, Menschheitsprobleme wie Krieg, Armut, Arbeitslosigkeit oder Umweltzerstörung zu überwinden und Bedingungen dafür zu schaffen, eine Überschreitung von Ausbeutung, Entfremdung und Konkurrenz zu erstreiten zu können. Vom Standpunkt des Mensch-Seins ist dies die einzig realistische Perspektive.

"Man muß auch bezweifeln, was man mit eigenen Augen sieht. Gefragt, was denn den Zweifeln eine Grenze setze, sagte Do: Der Wunsch zu handeln."
(Bertolt Brecht)